



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Chile 2019

Im Herbst 2019 gab es landesweit ausgedehnte Proteste gegen Armut und soziale Ungleichheit, wobei es zu Ausschreitungen und Zusammenstößen mit der Polizei kam. Amnesty hat im November eine Untersuchungskommission in das Land geschickt.

Diese kam zu dem Schluss, dass exzessive Polizeigewalt weit verbreitet war, und auch Folter und Misshandlungen in Polizeigewahrsam vorkamen. Vor allem das Ausrufen des Notstandes und der Einsatz des Militärs auf den Straßen haben zu einer massiven Zunahme von Gewalt geführt. Insgesamt wurden bei den Zusammenstößen bis Mitte Dezember mehr als 12 000 Menschen verletzt, fünf Demonstranten kamen ums Leben. Auch 1600 Polizisten wurden (Stand Ende November) verletzt, 105 von ihnen schwer.

Amnesty hat den Einsatz scharfer Munition gegenüber Demonstranten dokumentiert. Zudem wurden Gummigeschosse übermäßig und unangemessen eingesetzt; bekannt sind sieben Fälle, in denen Menschen durch diese Geschosse irreversible Schäden an den Augen erlitten. Ein 39-jähriger Passant starb durch Schläge und Tritte von Polizisten.

Darüber hinaus kam es zu Misshandlungen von Demonstranten in Polizeigewahrsam. Das unabhängige National Institute for Human Rights hat in 341 Fällen offiziell Beschwerde eingereicht wegen Folter und Misshandlungen, und in weiteren 74 Fällen wegen sexueller Gewalt.

--AI News Service

- Amnesty International Bericht: <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/11/chile-responsable-politica-deliberada-para-danar-manifestantes/>

- New York Times: <https://www.nytimes.com/2019/12/13/world/americas/chile-police-protests.html> (abgerufen 22.6.2020)

- Human Rights Watch: <https://www.hrw.org/news/2019/11/26/chile-police-reforms-needed-wake-protests>